

Gymnasiastinnen nach Ostern zum Ahornweg

SPD-Vorwürfe stimmen nicht – Keine Pavillons – Kein Schichtunterricht

Bergisch Gladbach. (K) Die Schülerinnen des vor zwei Jahren eingerichteten sozialwissenschaftlichen Mädchengymnasiums der Kreisstadt rücken am 20. April, dem ersten Schultag nach den Osterferien, ihrem künftigen Standort am Lerbacher Weg ein großes Stück näher. Die dann bereits bestehenden vier Klassen ziehen von der Reuterstraße in die

modernen und bis zu diesem Zeitpunkt fertigen Räume der neuen Schule am Ahornweg. Diese für Schülerinnen und Eltern gleichermaßen erfreuliche Nachricht erfuhr die BLZ am Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz von Bürgermeister Heinz Fröling, der gleichzeitig Vorsitzender des städtischen Schulausschusses ist.

Bürgermeister Fröling ging damit zugleich auf die von der SPD in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung ein, in der Frage der Schulraumbeschaffung nicht aktiv genug gewesen zu sein. Soweit solche Vorwürfe von SPD-Ratsmitgliedern ausgegangen sein sollten, wären sie wider besseres Wissen erfolgt. So überzeugte denn auch die sachliche Darlegung vom Ablauf der Vorarbeiten für das neue Mädchengymnasium am Lerbacher Weg, die termingerecht im Gange sind.

Da der Innenminister auf Beschluß des kommunalpolitischen Ausschusses des Landtages hin die Aufnahme neuer Bauvorhaben in das Schulbauprogramm für 1966 abgelehnt hat, konnte das Schulkollegium in Düsseldorf laut einer soeben bei der Stadt eingegangenen Verfügung die Landesmittel in Höhe von 3 377 000 DM erst für das nächste Jahr in Aussicht stellen.

◆ Wörtlich aber heißt es in dem Schreiben: „Wir betonen ausdrücklich die außerordentliche Dringlichkeit der Baumaßnahme und würden es begrüßen, wenn eine Vorfinanzierung durchgeführt werden könnte, damit die Maßnahme möglichst bald in Angriff genommen werden kann. Wir werden unseren ganzen Einfluß einsetzen, daß aus dem Schulbauprogramm 1967 die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden!“

Dank des Verständnisses der Lehrerschaft und des Entgegenkommens der Leitung der evangelischen Volksschule sind die aktuellen Probleme gelöst. So wird man keineswegs Pavillons errichten müssen. Hierbei kommt der Verwaltung der Umstand zu Hilfe, daß die evangelische Schule am Ahornweg für ihren eigenen Betrieb nur vier Klassenräume benötigte, bis man mit dem sozialwissenschaftlichen Gymnasium in den Neubau am Lerbacher Weg umziehen kann.

Zweifellos wird das Lehrerkollegium des Gymnasiums bis zu diesem Zeitpunkt manche zusätzliche Belastung zur Vermeidung des Schichtunterrichtes auf sich nehmen müssen. Nach Abwägung aller Möglichkeiten und Notwendigkeiten aber hat Oberstudienleiter Dr. Weyer der jetzt gefundenen Lösung zugestimmt, wofür ihm Bürgermeister und Stadtdirektor Dr. Kentenich in der Pressekonferenz ausdrücklich Dank zollten.

Mit Entschiedenheit wandte man sich gegen die Haltung eines Teils der SPD, der wohl aus wahltaktischen Gründen den Stadtdirektor, die Bauverwaltung und den Architekten angegriffen hatte, obwohl alle den Neubau des Mädchengymnasiums betreffenden Beschlüsse von Rat und Hauptausschuß einstimmig gefaßt wurden.

Bürgermeister Fröling, der aus währungspolitischen Gründen

(„Die Stabilität unserer Währung ist unsere Hauptaufgabe“) für die Haltung des Landes viel Verständnis zeigte, umriß noch einmal die CDU-Konzeption für eine Neuordnung des höheren Schulwesens. Sie solle in vollem Umfang den modernen Erfordernissen, den Gesetzen und dem Elternwillen entsprechen und dafür sorgen, daß neben den altsprachlichen, neusprachlichen und naturwissenschaftlichen Gymnasien für Jungen und Mädchen (Fröling: „Die Konstruktion hat sich bewährt“) eben auch eine höhere Schule zur Vorbereitung auf typische Frauenberufe unserer Zeit als Ergänzung bringen. Dabei bewähre sich die Zusammenarbeit mit Bensberg, wo bereits die ersten Klassen des naturwissenschaftlichen Gymnasiums bestehen.

Erfreuliches Fazit der Informationsstunde im Rathaus: Kein Schichtunterricht für Gladbachs Gymnasiasten, bestmögliche Unterbringung der ersten Klassen des sozialwissenschaftlichen Gymnasiums, keine leerstehenden Klassenräume am Ahornweg und berechtigte Aussicht auf eine zügige Abwicklung der Neubaupläne am Lerbacher Weg. Was im übrigen die SPD-Vorwürfe gegen die Verwaltung und den Architekten angeht, so konnte aktenkundig darauf verwiesen werden, daß höheren Orts, nämlich bei den Aufsichtsbehörden, die Gladbacher Planungen und Unterlagen als vorbildlich für das ganze Land bezeichnet wurden.